



AfD-Dilemma mit Pistorius' Wehrpflicht

debatte

Möglich, aber fragwürdig

Am 15. Juni begeht Deutschland seinen ersten Veteranentag. Die Idee mag berechtigt sein, ist aber weder unstrittig noch alternativlos

W er sich Deutschland in den vergangenen Jahren von außen anschaut, der wundert sich: Insbesondere in militärischen Fragen verändert sich das Land, das einst seine Wehrpflicht 2011 ausgesetzt hatte, stark. Aus völkerrechtlicher Sicht ist das so verständlich wie notwendig, da dringend.

Andere Teile der Militärpolitik indes sind fragwürdiger und Zeichen eines tieferen Wandels. So ist es nicht selbstverständlich, dass Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien zustimmt. Stichworte hier sind: Beteiligung des Landes am Krieg im Jemen, Ermordung des kritischen Journalisten Jamal Khashoggi, zahlreiche Menschenrechtsverletzungen. Irritierend ist zudem, dass ein sozialdemokratischer Kanzler einem Veteranentag zustimmt, der am 15. Juni zum ersten Mal begangen wird. So et-

zen überall in der Welt abkommandiert werden, sind schließlich „our lads“ („unsere Jungs“ – in beiden Ländern sind die Streitkräfte immer noch sehr von Männern dominiert). Das reicht vollkommen aus, um sie zu feiern. Darf man diese unkritische Haltung auch in Deutschland erwarten?

Dabei ist es klar, dass eine differenzierende Einstellung gerade bei bewaffneten Konflikten geboten ist. Einsatz ist nicht gleich Einsatz. Der Kampf der Ukraine gegen Russland ist ein klares Beispiel für einen Militeinsatz, der unter dem Völkerrecht berechtigt ist. Die Grundlage für die Nato-Operation gegen Jugoslawien im Verlauf des Kosovo-Krieges 1999 war schon zweifelhafter. Die Invasion im Irak des Jahres 2003 gar wurde vom UN-Generalsekretär als unrechtmäßig bezeichnet. Unter dem Völkerrecht gibt es tatsächlich nur zwei Fälle, in denen einem Staat der Einsatz bewaffneter Gewalt gestattet ist: Selbstverteidigung sowie Autorisierung durch den UN-Sicherheitsrat.

Gewiss, es gibt einen Unterschied zwischen dem Militeinsatz und den Menschen, die daran teilnehmen oder teilnehmen müssen. Bewaffnete Konflikte bieten leider allzu viele Gelegenheiten, um Menschenrechtsverletzungen zu begehen, die Geschichte des Völkerstrafrechts ist voll von Fällen, in denen sich Soldaten schuldig gemacht haben. So kann es eine Problem sein, wenn Veteranen pauschal gefeiert werden.

Der Begriff des Veteranen ist weit genug, um sie alle zu umfassen: den Sanitäter, der ohne Waffen, aber unter Einsatz des eigenen Lebens, verwundete Kameraden rettet, wie auch den Soldaten, der selber in Kriegsverbrechen verstrickt ist. Eine kritische Betrachtung ist ein Gut, das nicht leichtfertig eines Feiertags willen geopfert werden darf. Sie ist in der Tat umso wichtiger, je klarer die Berechtigung zu einem Militeinsatz erscheint. Gerade, wenn die Gründe besonders einsichtig sind, besteht die Gefahr, dass wir dem eigenen Denken eine Sperre vorordnen.

Denn es gibt Alternativen. Eine wäre der Volkstrauertag – ein Tag, der eingerichtet wurde, der Kriegsgesamter aller Nationen zu gedenken. Er hat auch dann noch eine Berechtigung, wenn es sich um Militeinsätze handelt, die auf einer soliden rechtlichen Grundlage beruhen. Das unsagbare Leid eines jeden bewaffneten Konflikts macht einen Tag der Besinnung angemessener als einen Tag des Feierns. Wenn aber unbedingt etwas im Zusammenhang mit Militeinsätzen feiern muss, was genau? So könnte es einen Feiertag geben, um „Ärzte ohne Grenzen“ zu ehren, jene Organisation, die schon seit annähernd 50 Jahren medizinische Hilfe in Kriegs- und Krisensituationen leistet, häufig unter Gefahren für Leib und Leben. Für Völkerrechtler klingt das nach einer großartigen Idee: Sie stellt Personen in den Vordergrund, die sich dem Schutz der menschlichen Unversehrtheit widmen, und sie schließt weder eine kritische Bewertung der jeweiligen Militeinsätze aus noch derer, die an ihnen teilnehmen.

Sie hat natürlich nicht die geringste Aussicht, von der Politik aufgegriffen zu werden. Dafür erscheint sie zu vernünftig. Wenn wir nun schon darüber reden, Militeinsätze und Feiern zu vereinen, dann hat die Vernunft schon lange Abschied genommen.

Es gibt Alternativen: So wurde der Volkstrauertag eingerichtet, um der Kriegsgesamter aller Nationen zu gedenken

was hätte man sich zu Zeiten Willy Brandts nicht hätte träumen lassen. Darauf ist noch nicht mal Helmut Schmidt gekommen.

Das Verhältnis der Deutschen zu ihren Streitkräften (und denen der Nato-Alliierten) war nicht immer reibungslos. Die Ablehnung der Bundeswehr, auf die man vor einigen Jahren noch stoßen konnte, war kurzzeitig: Wenn es eines Beweises bedurfte hätte, dass es noch Aggressoren in der Welt gibt, dann hätte ihn Putin eindeutig erbracht. Vor diesem Hintergrund war ein besseres Verhältnis zwischen Streitkräften und Bevölkerung schon lange überfällig. Richtig ist zudem, dass man Soldatinnen und Soldaten nicht in alle Welt schicken kann, ohne ihnen dann, wenn sie, wie so häufig, mit posttraumatischen Belastungsstörungen oder anderen seelischen und körperlichen Wunden zurückkehren, angemessene Versorgung zukommen zu lassen. Medizinische und soziale Hilfe für ehemalige Soldaten muss umfassend und ohne bürokratische Hürden geleistet werden. Aber ein Veteranentag?

Der Vorläufer hierfür sind die USA, in denen ein Veteranentag seit Ende des Ersten Weltkrieges begangen wird. In Europa ist so ein Tag nicht unbedingt Teil der Kultur. Als Tony Blair einen Veteranentag in Großbritannien einführte (später „Armed Forces Day“ genannt), erntete er noch reichlich Spott, zu seltsam schien die Anlehnung an das Vorbild Amerika, mit seiner großen Hingebung an „Fahne und Truppe“. Dennoch gab es in Großbritannien auch damals schon in Bezug auf seine Streitkräfte eine ganz andere Mentalität als in Deutschland – ein Punkt, der natürlich seine Ursachen gerade in der deutschen Geschichte und den Angriffskriegen des Dritten Reiches hat.

In den USA und Großbritannien war die Einstellung zum Militär von jeher weithin positiv – und weithin unreflektiert. Die Soldaten, die zu Einsät-



Paul Behrens unterrichtet Völkerrecht an der Edinburgh Law School der Universität Edinburgh in Schottland. Seine besonderen Forschungsgebiete sind Völkerstrafrecht, Diplomatenrecht und LGBTIQ-Rechte.

Kai Schöneberg über das Ende des Klima-Hungerstreiks

Das Momentum fehlt

Es ist nichts als schlau, aufzuhören, wenn man nichts mehr erreichen kann. Die Berliner Klimaaktivist:innen im Hungerstreik sind nicht bis zum Äußersten gegangen. Sie haben, rational völlig nachvollziehbar, ihren Protest für eine nachhaltigere Klimapolitik beendet – und essen wieder, kurz vor dem 100. Tag der Verweigerung der Nahrungsaufnahme ihres Frontmanns Wolfgang Metzeler-Kick.

Am Ende der auch in der Szene umstrittenen Aktion ist den acht Klima-Ultras zu danken. Und zwar dafür, dass sie die Aktion – offenbar ohne schwerwiegende Schäden – aufgegeben haben. Es ist zwar lobenswert, wenn jemand sein persönliches Schicksal für die Sache aller opfern will. Aber dieser Heroismus war an dieser Stelle fehlgeleitet. Er hat versucht, die Berliner Klimapolitik in die Zange zu nehmen. Aber das Mittel Hungerstreik ist dafür schlicht nicht geeignet.

Metzeler-Kick und seine MitstreiterInnen hatten vom Kanzler ultimativ ein öffentliches Bekenntnis zur Klimakrise gefordert – und sich nun, als sich Olaf Scholz nicht rührte, für das Le-

ben entschieden. Richtig so. Denn: Demokratisch legitimierte Kanzler dürfen sich von niemandem erpressen lassen, selbst wenn das Anliegen noch so groß ist. Selbst einem Scholz'schem Machtwort wäre ja nicht zwangsläufig eine Klimaauflöschung der Ampel gefolgt. Dann wäre die radikale Selbstgefährdung der Hungerstreikenden sinnlos geblieben; möglicherweise wäre das Opfer Einzelner sogar schlicht verpufft.

Was heißt das Ende des Streiks? Hunger bewirkt nichts, auf der Straße festkleben nützt nichts, Kohlelagerbau besetzen nützt nichts, Klimastreiken ist sinnlos? Nein. Die Bewegung muss sich eingestehen, dass die Kriege und Krisen der aktuellen Welt dem Klimathema derzeit das Momentum genommen haben. Der Druck, den die Fridays bis 2020 auf die Klimapolitik weltweit ausübten, hat nachgelassen. Aber das wird nicht so bleiben. Die Stunde derjenigen, die die Welt vor der Überhitzung bewahren wollen, wird kommen. Vielleicht mit der nächsten Naturkatastrophe. Das ist dann schon sehr, aber hoffentlich noch nicht zu spät.

der tag 2

Tanja Tricarico über den G7-Gipfel

Generös in turbulenten Zeiten

Es ist ein Treffen der Selbstvergewisserung in turbulenten Zeiten. Noch bis Freitag treffen sich die G7-Staatenlenker im südtalitanischen Apulien. Italiens postfaschistische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni spart nicht mit illustren Gästen aus der ganzen Welt. Einer der wichtigsten Männer am Tisch im Nobelresort: der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj. Der Präsident im Krieg tourt durch die Welt, um für sein Land Hilfen einzusammeln: Geld für den Wiederaufbau, politische Unterstützung und Waffen. Um sich weiterhin gegen die russische Invasion wehren zu können. So sind auch die G7, also die USA, Japan, Italien, Deutschland, Frankreich, Kanada und Großbritannien, sowie EU-Verehrer:innen seine wichtigsten Verbündeten.

Doch bei den Verbündeten brodelt es. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hatte nach herben Wahlverlusten in den Europawahlen Neuwahlen ausgerufen. Kanzler Olaf Scholz muss sich Strategien gegen den Rechtsruck in Deutschland überlegen. Und Joe Biden? Der US-Präsident bangt um eine wei-

tere Präsidentschaft. Die unsicheren Zeiten in den Ländern verleihen den Regierungschefs ungeahntes Tempo. 50 Milliarden US-Dollar sollen der Ukraine unkompliziert zur Verfügung gestellt werden. Auflagen gibt es keine, Hauptsache, das geht schnell. Auch auf Nato- und EU-Ebene wird Druck auf die Mitgliedstaaten gemacht.

Schließlich weiß keiner, wie sich die Machtverhältnisse in den kommenden Wochen verschieben, ob das Band mit der Ukraine hält oder der russische Diktator Wladimir Putin auf dem politischen Parkett an Zuspruch gewinnt. In Frankreich tönte die Rechtspopulistin Marine Le Pen, dass sie sich Nato austreten will, wenn ihr Rassemblement National an die Macht kommt. US-Präsidentschaftskandidat Donald Trump droht mit Kürzungen der Ukraine-Hilfen. Gegen Drohgebärden helfen nur Fakten.

Aber: Vollmundige Zusagen gab es auch in der Vergangenheit. Nun kommt es auf die Verbündeten an. In diesen turbulenten Zeiten könnte es wenigstens einen Gewinner geben: Selenskyj.

der tag 2

Gereon Asmuth über die Reform des Straßengesetzes

Die unerträgliche Leichtigkeit

H urra, es geht voran! Ein paar Meter wenigstens. Ungefähr so zügig wie im Stau am ersten Tag der Sommerferien auf der Autobahn Richtung Süden. Aber auch da ist man dankbar, wenn überhaupt mal was passiert. Dieses Staueruckel beschreibt ganz gut, in welchem Tempo es bei der Verkehrspolitik vorangeht.

Auf einen dieser rasanten Fortschritte haben sich Bund und Länder nach monatelangem Streit im Vermittlungsausschuss geeinigt. Die lang erwartete Reform des Straßengesetzes darf nun endlich kommen, weil laut Kompromiss die Verkehrssicherheit nicht nur berücksichtigt, sondern garantiert sein muss. Na, danke!

Immerhin kann nun – nach weiterem gegenseitigen Behakeln und den üblichen Bremsversuchen der Autolobby – irgendwann im absoluten Schrittempo auch die Straßenverkehrsordnung so geändert werden, dass bei verkehrspolitischen Umbauten auch Klima- und Umweltschutz eine Rolle spielen dürfen. Sodass Tempo-30-Zonen oder Fahrradspuren auf kommunaler Ebene nicht mehr das Aus durch klagefreu-

diger Autofanatiker droht, nur weil die hier und da etwas langsamer fahren müssen. Ja, darüber darf und muss man sich freuen.

Eigentlich wäre es höchste Zeit, die Ideologie des Straßverkehrsrechts, die in ihren Grundzügen aus den 1930er Jahren stammt, über Bord zu werfen. Sie schreibt fest, dass die unerträgliche Leichtigkeit des Verkehrs ein Kriterium für allen Maßnahmen bleiben muss: Automobilisten dürfen nicht behindert werden. Damit haben Menschen, die gar nicht vorankommen, sondern schlichtweg im öffentlichen Raum verweilen wollen, weiterhin das Nachsehen.

Aber vielleicht müsste man diese Karteileiche aus den Urzeiten automobil Verkehrs politik nur mal ernst nehmen. Das größte Hindernis, der einzige Staufaktor für den Verkehr in den Städten sind ja nicht die Radfahrerinnen oder Fußgänger. Es sind die Unmengen von Autos, die sich alle gegenseitig im Weg stehen. Wer sie aus den Innenstädten verbannt, schafft Platz für Verkehre aller Arten – mit größter Leichtigkeit.

wirtschaft + umwelt 7